

BESCHLUSS

aus der 20. Sitzung
des Kreistages
am Montag, 13.11.2023

Öffentliche Sitzung

Zu TOP 14.

Antisemitismus konsequent bekämpfen - Solidarität mit Israel
Antrag der CDU-Fraktion vom 19.10.2023
A-62/2023

Beschluss:

1. Der Kreistag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite Israels. Der Kreistag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Der Kreistag stellt fest, dass die Schuld für die aktuelle Eskalation alleine die Hamas trägt. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Kreis keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet. Der Kreisausschuss wird gebeten, hierbei alle rechtsstaatlich zulässigen Mittel zu ergreifen.
3. Der Kreistag begrüßt Solidaritätsadressen wie das Hissen israelischer Fahnen vor öffentlichen Gebäuden. Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, gegenüber dem israelischen Generalkonsulat unser Mitgefühl auszusprechen.
4. Der Kreistag sieht mit Sorge den wachsenden Antisemitismus in Deutschland, aber auch im Lahn-Dill-Kreis, der sich aus unterschiedlichen Quellen speist. Der Kreistag tritt jeder Form des Antisemitismus entschieden entgegen. Jüdische Menschen müssen im Lahn-Dill-Kreis angst- und diskriminierungsfrei leben können. Soweit dem Kreisausschuss antisemitische Vorfälle in Einrichtungen des Lahn-Dill-Kreises bekannt werden, wird er gebeten, diesem mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzutreten.
5. Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer Demokratischen Gesellschaft sein. Der Kreistag bittet daher den Kreisausschuss, vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen eine Sondersitzung des WIR-Beirates einzuberufen. Im Rahmen der Sondersitzung muss klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

69 Ja-Stimmen (19 CDU, 19 SPD, 12 B90/Die Grünen, 7 FWG, 4 FDP, 6 AfD, 2 DIE LINKE)

1 Nein-Stimmen (fraktionslos)

0 Enthaltungen